

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis

Jährlich	20 Mk	228 fr
Halbjährlich	10 -	114 - 200 c
Vierteljährlich	5 -	57 - 100 c

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN

BELGIEN BRÜSSEL, 10, rue de Commerce
Haudry

LONDON Russ Street, W., Soho Square W
High Street, 131, Islington

NEW-YORK ZÜRICH, Yorkbuchhandlung

PHILADELPHIA P. Hans, 100, North 3d. Street
Philadelphia, Pa

Die Laterne



No.

25.

Preis der Nummer

20 Pfennig. 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalek.

Verleger.

EXPEDITION: 9, rue de la Hauderie.

Die Laterne



Einen Vorwand!

Der Kanzler verlangte Geld zu einem neuen Krieg. Der Reichstag sträubt sich, aber bewilligt es.

Die Liberalen geben es nur in Form von Finanzaufschlägen.

Die Klerikalen votiren es nur in der Form von Schutzsteuern.

Bismarck und seine Konservativen nehmen es, wie das Abendmahl, „in beiderlei Gestalt.“

Das Geld zum Krieg ist also glücklich gefunden. Jetzt handelt es sich bloß um einen guten Vorwand.

Hohenzollern'sche Thronkandidaturen kann man freilich immer noch auf der Strasse finden, aber das Schlimmste ist, dass sie Niemand aufhebt, nicht einmal die Bulgaren.

Es gilt also, einen neuen Zankapfel zu suchen. Das ist die Arbeit, die in diesem Augenblick die deutsche Diplomatie in allen Welttheilen beschäftigt.



Man schliesst mit den Menschenfressern von Sumatra Bündnisse ab und räumt ihnen Rechte ein, die man nicht bloß den nächsten Nachbarn, sondern auch den Deutschen selbst vorenthält.

Warum?

Um sich ein Handelsprivilegium verschreiben zu lassen, das völkerrechtswidrig ist und das die anderen handeltreibenden Nationen nie anerkennen würden, auch wenn es zehn Reichstage sanktionirten.

..

Aber ein anderer Staat könnte protestiren?

Das will gerade Bismarck.

Er gäbe eine unverschämte Antwort und „sein kleiner Krieg“ wäre fertig.

..

Man mongt sich, unter dem Vorwand, deutsche Gläubiger (?), von denen niemals Jemand etwas gehört hat, zu beschützen, in die inneren Verhältnisse Egyptens.

Andere Regierungen, denkt der Kanzler, werden meinem Beispiel folgen, dann gibt es wieder ein „Kondominat“, aus welchem ich, wie 1864 aus dem von Schleswig-Holstein, bequem einen „casus belli“ herausspinnen kann.

..

Ähnlich werden Peru, Mexiko, Portugal angezapft und die deutschen Kriegsschiffe auf dem ganzen Erdrund in „agents provocateurs“ verwandelt.

Mit blutunterlaufenem Auge stiert unsere Diplomatie umher, wie ein bay-

— 81 —

rischer Hiesel, wo sie etwas „zum Raufen“ finde.

Der Erste Beste wird angerempelt, in der Hoffnung, ein Dritter werde sich einmischen.

..

Pech!

Niemand bückt sich nach den zahlreichen Handschuhen, mit denen der holdenmüthige Kanzler die Strasse besäet.

Niemand will „raufen“.

..

Auch die neue „Verfassung“, mit der die „Reichslande“ beglückt worden sind, hat keinen andern Zweck, als Streit zu suchen, wenn nicht zugleich den, die Anzahl der Zivilversorgungen für Offiziere zu vermehren.

Was war die bisherige Verfassung Elsass-Lothringens?

Diktatur.

Was ist die neue?

Diktatur, Herzog und Puttkammer haben es selbst erklärt.

Ihr wechselt den Annekirten also blos die Ketten, um sie aufzurütteln!

..

Auch vergebens!

Die Zwangsjacke der „Autonomie“ wird von den Reichslanden mit souveräner Gleichgültigkeit aufgenommen, natürlich abgesehen von den Dankbücklingen der „Autonomisten“, die durch Zuwendung von Festungslieferungen zu der Herrlichkeit des Kaiserreichs bekehrt sind.

..

Dieses allseitige Fiasko wird durch das des Sozialistengesetzes gekrönt.

Die gehofften Einheiten bleiben aus, die Verschwörungen, Geheimbünde etc. wollen nicht gedeihen.

Überall Fiasko!

..

Die Sache fängt an, bedenklich zu werden.

Sollte sich nicht irgendwo in den Schiebfächern einer Gesandtschaft eine gute Reklamation finden lassen?

Das Jahr 80 rückt heran. Ein Dezenium ohne Krieg! Kann es so weiter gehen?

Muss nicht die Maschine, um die uns Europa beneidet, einrosten?

Einen Vorwand, Durchlaucht, einen Vorwand!



Aus Deutschland.

„Goldene Hochzeit des deutschen Kaiserpaars“ — das ist die offizielle und ungrammatikalische Devise des Tages.

Die zwei alten Leute, die heute im Berliner Schloss ihr fünfzigjähriges Ehejubiläum feiern, sind, wie die fortschrittliche Tanto Voss sich loyal ausdrückt, der Mittelpunkt des nationalen Empfindens. Nun — es gibt schlimmere Gedenktage, und drum wollen

wir über diesen uns nicht ereifern. Nur möge man die „politische Heuchelei“ nicht so weit treiben, die Ehe des Kaiserpaars als eine Musterehe hinzustellen, — das Muster könnte Ernst genommen werden, und was würden die Folgen sein? — —

Ausser Kornblumenlawinen, Ordensregen und Servilitäts-Wolkenbrüchen hat der heutige Tag uns auch eine Amnestie gebracht. Freilich sie ist darnach. Auf zerknirschte Sünder und reuige Hallunken hat die kaiserliche Gnadensonne geschienen — die Hunderte von Ehrenmännern, welche das Opfer schuftiger Denunziationswuth und brutaler Reaktion geworden sind, bleiben im Kerker. An dieser „Amnestie“ hängt eine Geschichte. Die Kaiserin sprach um die Mitte des vorigen Monats den Wunsch nach einer vollständigen, bedingungslosen Amnestie aus — der Gedanke wurde jedoch von Bismarck bekämpft und der Plan ruhte bis zum 2 Juni, dem Jahrestag des Nobiling-Attentats, der von den Bismarck'schen Agenten dazu benützt ward, die

alten Schreckgespenster in dem sehr weich gewordenen Kaiser wachzurufen. Da wäre das Bismarck'sche Spiel um ein Haar durch einen Zufall durchkreuzt worden: genau zur Stunde, ja fast in derselben Minute, wo vor zwölf Monaten die Schüsse Nobilings gefallen waren, stürzte der Kaiser in seinem Zimmer und verletzte sich ziemlich schwer. Dies machte einen tiefen Eindruck auf ihn. Er betrachtete es als eine Warnung des Himmels und — den Ideengang vermag ich natürlich nicht zu präzisiren — fasste den Entschluss, vor seinem Tode sich durch einen förmlichen Akt mit seinem Volk auszusöhnen, und seinen Feinden zu verzeihen. Die in Berlin anwesenden Minister wurden benachrichtigt, und ein Amnestieerlass ausgearbeitet. Aber — der Kaiser denkt und Bismarck lenkt. Mit dem Schrecken in den oberen Regimen hört sein eigener Einfluss auf — er eilte spornstreichs nach Berlin und — es hat keine Amnestie gegeben.

Apropos, in den letzten 14 Tagen, so lange die Amnestiefrage auf der Tages-

ordnung stand, erwartete ich stündlich ein Extrablatt, das ein neues Attentat ankündigte. Gewisse Leute haben ein Attentat so nöthig. Nicht ohne Grund klagte Bismarck bei der Debatte über das Maulkorbgesetz, dass das Publikum in Bezug auf die vorjährigen Attentate gleichgültig geworden sei.



In einem amerikanischen Blatt wird uns deutschen Sozialdemokraten der Vorwurf gemacht, wir hätten uns die Helden des Berliner Nihilistenprozesses nicht genau angesehen. Der Schreiber der betreffenden Notiz hat sich offenbar durch die Berichte der Reptilblätter über diesen traurigen Prozess nassführen lassen. Hätte er den Verhandlungen beigewohnt, so würde er gelernt haben, dass die deutsche Sozialdemokratie sich dem Hrn. Gurewitsch gegenüber durchaus ablehnend verhalten hat — ja mehr als ablehnend. Hr. Gurewitsch ist derselbe naive Ver-

schwörer", der vor Jahren schon von Liebknecht brieflich und im „Vorwärts“ wegen geradezu unglaublicher Kinder-eien öffentlich desavouirt und von Fritzsche in Gotha geohrfeigt ward. Gurewitsch ist vom Grössenwahn besetzt, will um jeden Preis eine Rolle spielen, hat aber das Zeug dazu nicht. Jeden Brief, den er empfing, hob er sorgfältig auf, zeigte ihn überall herum, machte sich wichtig mit seinen Bekanntschaften und beging einst, als er eine Haussuchung befürchtete, den Geniestreich, einige Pakete Briefe, die er seiner Gewohnheit nach sorgfältig aufbewahrt hatte, „Postlagernd“ in einer Berliner Postexpedition zu deponiren, und — liegen zu lassen, so dass die Briefe amtlich eröffnet wurden, und so zur Kenntniss der Behörden kamen. Unter den Briefen befanden sich keine die deutsche Sozialdemokratie kompromittirenden, wohl aber verschiedene von Polen und Russen geschrieben, die zwar an sich unverfänglich waren, jedoch in den Händen der russischen Polizei zu

Zwangspässen für Sibirien werden mussten. Liebknecht, der hinter die Sache kam, weil auch ein — rein geschäftlicher — Brief von ihm der Polizei mitausgeliefert war, erklärte, es sei ganz gleichgiltig, ob der Mann absichtlich oder aus Idiotismus den deutschen und russischen Stiebern diesen Dienst geleistet, er habe sich dadurch sein politisches Todesurtheil ausgestellt.

In Wirklichkeit war der Prozess Gurewitsch eine solche Blamage für Tessedorf, dass sie der Grund zur Entloerung dieses verunglückten Gesellschaftsretters aus Berlin wurde.



Neulich ging eine Notiz durch die Zeitungen, nach welcher einige 100 Mainzer Sozialdemokraten sich zur Auswanderung und Anlago einer sozialistischen Kolonie in Amerika entschlossen hätten. Die Nachricht ist völlig aus der Luft gegriffen. Die Main-

zer Parteigenossen sind flott und guter Dinge, und erwarten bei der nächsten Wahl mit Zuversicht die Majorität in der Stadt. So günstig ist die Stimmung unter der Bürgerschaft für uns geworden. Aehnlich ist es überall. Nicht dutzend-, nein hundertmal habe ich, und haben meine nächsten Bekannten in den letzten Monaten aus dem Munde früherer Gegner die Aeusserung gehört:

„Wir sehen jetzt ein, dass die Sozialdemokraten Recht hatten.“

Und einer der angesehensten Führer der exnationalliberalen Partei bemerkte vor einigen Wochen gegenüber einem sozialdemokratischen Abgeordneten: Sie können sich freuen. Ihre Partei ist diejenige, die aus diesem Wirrsal Vorthail ziehen wird. So ist es in der That.

Kurz — die Dinge marschiren nach Wunsch, und nicht bloß die Parteigenossen, sondern auch die Gegner begreifen das. Woher sollte da Entmuthigung kommen? Dass wir nicht laut

sind, ist doch kein Verbrechen? Wer darüber unzufrieden ist, der möge an das Sprüchwort denken: „Die Hunde, welche am lautesten bellen, beißen nicht.“



Zur Abwehr.

Die Redaktion der „Freiheit“ macht uns einen Vorwurf daraus, dass wir die Briefe veröffentlicht haben, durch welche unser Freund Liebknecht sich und die sozialdemokratischen Reichsboten im Allgemeinen gegen die heftigen Angriffe des Londoner Blattes vertheidigt hat.

Sie sagt, „wir hätten bekanntlich einen recht guten Anlauf zur Geißelung fauler Schüden genommen,“ aber in letzter Zeit hätten wir uns von den „Retraite-Trompetern“ „breitschlagen lassen“ und „unsere Hefte zum grösseren Theil mit ihrer Jauche getränkt.“

Wir haben das Lob der Redaktion der „Freiheit“ nicht begehrt, aber ihr Tadel beweist, dass sie über die Aufgabe eines ausserhalb der deutschen Reichsgrenzen erscheinenden Organs total andere Ansichten hat als wir.

Sie hätte also gewünscht, dass wir, nachdem sie Männer wie Liebknecht in der rücksichtslosesten Weise angegriffen und sozusagen kein gutes Haar an ihnen gelassen hat, denselben die Spalten der „Laternen“ verschliessen und sie somit, da sie in Deutschland selbst kein Organ haben, wehrlos den Verunglimpfungen preisgegeben sollen!

Das würden wir nicht einmal gegenüber unseren bittersten Feinden thun!

Und wir sollten uns eines derartigen Benehmens gegen Männer, die wir ehren und lieben, schuldig machen!

Die Redaktion der „Freiheit“ war offenbar in gereizter Stimmung, als sie uns Derartiges zumuthete.



„Faule Schäden“ innerhalb der Partei aufzudecken, ist unsere Pflicht, und wir werden sie auch ferner erfüllen, wie wir sie bisher erfüllt haben.

Aber was hat das mit der Thätigkeit zu schaffen, der sich die Redaktion der „Freiheit“ seit einiger Zeit hingibt, und welche auf nichts Anderes gerichtet ist, als auf die Bildung einer neuen Partei neben und gegenüber der alten?

..

Wenn hierüber noch ein Zweifel bestanden hätte, so müsste man dem Redakteur der „Freiheit“ das Verdienst zuerkennen, diesen Zweifel durch seine Korrespondenzen im Chicagoer „Vorboten“ mit anerkannter Offenheit und gründlich beseitigt zu haben.

..

Dort hat Herr Most mit grosser Zuversichtlichkeit, namentlich in einem vom 1. Mai datirten Briefe, die Bildung der neuen geheimen Partei der „eisen-

harten Hände" angekündigt.

Und er schliesst jene Korrespondenz mit den charakteristischen Worten:

"Die neue (geheime) Partei ist im Wachsen, während die alte zusammen schrumpft; die „Führer“ der letzteren freuen sich darüber, weil sie des ersteren nicht gewahr werden."

Hier trennen sich unsere Wege von denen der „Freiheit“.

Wir wollen keine neue Partei gründen, was für uns gleichbedeutend mit Herbeiführung einer Spaltung wäre, wenn es gelänge.

Wir halten fest an der alten Partei, in der wir seit fünfzehn Jahren stehen und der wir auch ferner wie bisher mit allen unseren Kräften dienen wollen.

Wenn uns Dies oder Jones nicht gut scheint in der „alten Partei“, so sagen wir einfach unsere Meinung mit Angabe unserer Gründe und warten, bis

man uns entweder widerlegt oder unsere Ansicht acceptirt.

An „unfehlbare Päpste“ glauben wir auch nicht, aber eben so wenig wollen wir uns selbst als solche aufspielen.

Wir werden also, auf die Gefahr hin, von dem Papst der „neuen Partei“ exkommuniziert zu werden, auch fernerhin unsere Spalten für die Vertreter und die Interessen der „alten Partei“ offen halten.

Mag die „Freiheit“ das Gleiche in Bezug auf ihre „neue Partei“ thun, wir haben nichts dagegen.

Und mag sie fortfahren, die Erwidernungen ihrer ebenso ungerechten als groben Ausfälle als „Jauche“ zu bezeichnen, schliesslich wird doch Jedermann beurtheilen, auf welcher Seite mit den besseren Waffen gekämpft wird.



• Ihr armen Uhrmacher, Schneider, Zeichner, Handlungsdiener, Schriftsetzer u. s. w.!

Ihr habt bisher geglaubt, auch ein Wort mitreden zu dürfen, Ihr habt Euch bisher für Proletarier gehalten und der Armee der Sozialdemokratie beigezählt.

Eitle Anmassung!

Die „neue Partei“ sieht Euch auf die Hände.

Sind sie eisenhart? Sind sie auch nur „schwielig“?

Nein, sie sind brüchig, verköcht, wie Hände von Waschfrauen oder Literaten. Fort mit Euch also, Ihr seid verkappte Bourgeois!

Die „neue Partei“ acceptirt nur „eisenharte Hände“; sie stösst Euch unerbittlich in das Feuer der Verdammnis, in die „Jauche der Schlafmützentaktik“ hinab.

Das ist — kann es die Redaktion der „Freiheit“ bestreiten? — die notwendige Konsequenz des neuen Partaischiboleths.



Um jedoch schliesslich der Redaktion der „Freiheit“ zu zeigen, dass wir das Gute an ihren Leistungen gern anerkennen, sei ihr hiermit unsere Bewunderung ihrer trefflichen Organisation ausgesprochen. Unsere Nummer (22) vom 1. Juni, welche die ihr so missfälligen Briefe Liebknecht's enthielt, passirte, durch verschiedene Umstände zurückgehalten, erst am Donnerstag den 5. Juni, Abends 7 Uhr bei Malmedy die Grenze des deutschen Reichs und wurde an alle unsere Abonnenten von letzterer Stadt aus versandt, kann also in Leipzig frühestens am Freitag den 6. Juni eingetroffen sein. Und schon an demselben Freitag brachte die „Freiheit“, die das Datum des 7. Juni trägt, aber Tags zuvor gedruckt wird, die lebhafteste Replik „aus Leipzig“, in welcher den Liebknecht'schen Ausführungen der schmeichelhafte Titel „Jauche“ beigelegt wird. Vor solcher Rapidität, die selbst die „Times“ überflügelt, müssen wir anderen armseligen Zeitungsschmierer freilich bescheiden die Segel streichen.



Ein sozialistischer Reichsbote

sendet uns folgende Erklärung:

„Die deutschen Polizeiblätter veröffentlichten brühhelss eine Mittheilung des Most'schen Blattes — dieses selbst kommt mir und keinem meiner Bekannten, ausser in seltenen Ausnahmefällen zu Gesicht — dahin lautend: „fünfzig Arbeiter hätten in Sachsen eine Konferenz abgehalten, und im Namen der Sozialisten des 17. und 18. sächsischen Wahlkreises sich mit dem Programm der „Freiheit“ einverstanden erklärt.“

Das ist eine kindische Aufschneiderei, die nicht einmal von unserer Polizei ernst genommen wird, obgleich sie ihre Gründe hat, sich lebhaft darüber zu freuen. Ich kann aufs Positivste versichern, dass die gemeldete Konferenz in das Bereich der frommen Lügen gehört, und dass in ganz Sachsen kein Arbeiter lebt, der das Programm der „Freiheit“ auch nur kannte, geschweige denn billigte.

Wenn Most etwa glaubt, weil ihm viele Genossen in Deutschland, u. A. auch der Schreiber dieses persönlich zugethan sind, könne er eine „Partei Most“ gründen und Spaltung in unsere Reihen bringen, so irrt er sehr. Sein einziger Erfolg wird bloß sein, auch die Sympathien für seine Person zu verlieren, welche die Sympathien für sein politisches Treiben überlebt haben.“



Aus Berlin.

In neuerer Zeit haben sich bezüglich des Vorgehens der Partei drei Strömungen geltend gemacht:

1. Der Glaube, die Sozialdemokratie sei tief genug in den Massen eingewurzelt, um ganze Jahre äusserer Ruhe zu vertragen und jedes materiellen Bandes entbehren zu können.
2. Das Bestreben, durch Theatereffekte zu wirken.

3. Eine energische Haltung, defensiv und offensiv, unter Benützung der Umstände in- und ausserhalb des deutschen Reichs.

Diese dritte Richtung repräsentirt offenbar den Mittelweg.

..

Gewiss sind die Massen durch die jahrelange Agitation genügend mit agitatorischem Material versehen — vielfach fanden sie sogar jetzt erst Zeit, dasselbe zu benützen und zu studiren — vor einem „Einschlafen der Bewegung“ brauchte daher auch Niemanden bange zu sein.

Hingegen hätte man sich denken können, dass im Laufe der Zeit bei absolut mangelnder Parteiführung Versuche zur Separat-Aktion gemacht würden, die dann nothwendig Spaltungen herbeiführen müssten, — wie dies nunmehr durch die Thatsachen bewiesen worden ist.

..

Ein sichtbares, wenn auch nicht strikt offizielles Band würde diese Versuche im Keim erstickt haben.

Umgekehrt würde der fernere Mangel eines solchen Bandes, das längere Verhalten auf dem doktrinären Standpunkt, binnen Kurzem eine babylonische Verwirrung, ein Chaos in der Partei herbeiführen.

Dies sieht jetzt Jedermann ein, und Jedermann zieht die thatsächlichen Konsequenzen aus dieser Einsicht.



Ich gehöre zu den näheren Bekannten Most's, aber nichtsdestoweniger oder vielmehr gerade deshalb muss ich die Anmassung, mit der er von seinem sichern Biethrone aus die „alte Partei“ mit nicht gerade sehr reinlichen Geschossen bewirft, aufs Schärfste tadeln.

..

Unsere leitenden Genossen in Deutschland sind nicht Leute, die vor Wuth

vergehen, wenn man nicht stets und stündig von ihnen spricht. Ihnen aber deshalb »Fahnenflucht« und »Unmännlichkeit« vorzuwerfen, zeugt von sehr oberflächlichem Denken, denn nicht an den Schimpfworten und am Geschrei, das Jemand von sich gibt, erkennt man die Männlichkeit, sonst wäre Herr Casagnac das Vorbild eines Mannes.

Die bisherige Taktik kritisieren? Je mehr je besser; aber deshalb gleich von Verrath u. dgl. zu reden, ist um so unbilliger, als die Angegriffenen den Beweis für das, was sie agitatorisch leisten, für ihre praktischen Erfolge, nicht einmal antreten dürfen, ohne sich und Andere zu denunzieren.

Es wäre zu wünschen, dass sich in dieser Beziehung die »Freiheit« an der Vorsicht Derjenigen, über die sie so dreist den Stab bricht, ein Muster nähme.

Zahlreiche Verhaftungen und Verurtheilungen kommen auf das Konto ihrer Unvorsichtigkeit.

Die Konsequenz, zu der die »neue revolutionäre Partei« schliesslich führen müsste, ist bereits in der »Freiheit« selbst ganz richtig gezogen worden.

Es ist der Hödelkultus, denn der grösste Theatereffekt bleibt immer der Knalleffekt.

Ich gebe gern zu, dass Most nicht so weit geht, wie Hödel. Er schreibt blos Hödeleien; aber schadet er uns damit nicht ebensoviel, als uns der jugendliche »Anarchist« geschadet hat, dessen Prosa die liberalen Blätter im vorigen Jahr mit ebensoviel Behagen gegen uns ausgebeutet hat, als jetzt die Most'sche?



Protest.

Der Reichskanzler hat den russischen Sozialisten Aronson, nachdem er die ihm wegen „Untergrabung der russischen Ordnung“ von Berliner Richtern (es gibt immer „Richter in Berlin“!) zuerkannte Strafe verbüsst hat, an Russland ausgeliefert, das ihn jedenfalls, wie so viele Tausende, ohne weiteres Verfahren nach Sibirien deportiren wird.

Wir nehmen Akt von diesem neuen Faustschlag, den die deutsche Regierung dem Völkerrecht und der Humanität versetzt hat.

Zugleich konstatiren wir, dass kein einziges deutsches Blatt den Muth gehabt hat, gegen diese barbarische Massregel zu protestiren, die den Rechtsgrundsatz: „No bis in idem“ (ein Vergehen kann nicht zweimal bestraft werden) aufs Flagranteste verletzt.

Dieses servile Stillschweigen befleckt unsere Nation noch weit mehr, als der Handlangerdienst, den der Fürst Bismarck seinem russischen Patron erzeigt.

Denn wenn seine Durchlaucht allein eine solche Schändlichkeit begeht, so ist sie lediglich auf sein eigenes, schon genug belastetes Konto zu setzen; wenn aber die Presse diese Solidarität, die man früher nur bei Plantagenbesitzern kannte, durch ihr Stillschweigen noch sanktionirt, so fällt die Schmach auf das ganze Volk zurück.

Was uns betrifft, so protestiren wir im Namen der sozialdemokratischen Partei und wir sind überzeugt, dass unsere Freunde im Reichstag diesem Protest gleichfalls Ausdruck geben werden.



Kleine Mittheilungen.

Wie uns aus Breslau gemeldet wird, hat das dortige Arbeiterwahlkomité für den durch den Tod Reinders erledigten Sitz im Reichstag den Genossen Hasenklever als Kandidaten aufgestellt und hat Hasenklever die Kandidatur angenommen.

Genossen! diese Wahl muss eine grossartige Kundgebung des deutschen Proletariats werden! Thut Eure Schuldigkeit gegen die Breslauer, wie sie die Ihrige thun werden.

In Hamburg, Chemnitz und anderen Städten, wo bei den vorigen Wahlen die Liberalen über die Sozialdemokratie, Dank dem Attentatsleber, gesiegt haben, herrscht grosses Missvergnügen unter den liberalen Wählern, über die Haltung ihrer Vertreter in der Zollfrage.

Es regnet Misstrauensvoten und einige Versammlungen haben die betreffenden Deputirten sogar aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen.

Natürlich fällt dies den Herren nicht im Traume ein. Sie sagen wie Mac Mahon: „Da sind wir und da bleiben wir.“

Wie Mac Mahon, gehen sie nicht, bis ihnen mittels Stimmzetteln der Marsch geblasen wird.

Wenn also das Stimmrecht bleibt, wie es ist, wenn Bismarck binnen zwei Jahren keinen Staatsstreich macht, so stehen unsere Aussichten für die nächsten Wahlen sehr günstig, trotz aller Ausnahmegesetze.

Ein Italiener, Namens Borgarelli, ist aus Frankreich ausgewiesen worden, weil er zu Marseille in einer geschlossenen Versammlung von Italienern eine Resolution zu Gunsten des Allgemeinen Stimmrechts in Italien beantragt hat.

So respektirt das Ministerium Waddington das Prinzip, auf welchem die ganze französische Staatseinrichtung beruht.

Dieser Vorfall kennzeichnet den Eifer,

mit welchem die Regierung der Republik die Privilegien der Monarchie nicht bloß in Frankreich selbst, sondern auch noch in Bezug auf das Ausland, vertheilt.

Gleichzeitig ist hier wieder eine neue Mahnung zur Vorsicht für unsere deutschen Genossen in Paris gegeben.



Die Vergrößerung der „Laterne.“

Vom neuen Quartal ab wird die „Laterne“ in Folge eines von vielen Seiten ausgedrückten Wunsches, nicht mehr in Form einer Broschüre von 32 Seiten, sondern im Format einer kleinen Zeitung von 4 Seiten erscheinen.

Diese Veränderung ermöglicht uns den Inhalt der „Laterne“ zu vermehren.

Namentlich werden wir alsdann auch

eine wöchentliche Rundschau über die politischen und sozialen Ereignisse des Auslands bringen können.

Die Tendenz der „Laterne“ bleibt unverändert dieselbe, die sie seit ihrem Entstehen verfolgt hat.

Die Bezugsbedingungen für Deutschland bleiben gleichfalls die bisherigen.

Nur wollen wir bei dieser Gelegenheit die Leser, die uns noch die Abonnementsbeträge schulden, freundlichst an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen erinnern.

Viele Genossen zeigen sich allzu vergesslich gegen uns.

So z. B. haben von unseren zahlreichen Berlinern Abonnenten nur drei bezahlt, von denen in Hamburg gar keiner und ähnlich an andern Orten.

Das ist nicht hübsch.

Die „Laterne“ ist keine Geldspekulation, und diejenigen, die das Werk unternommen haben, bringen die mit demselben verbundenen Opfer gerne.

Aber man bedenke, dass die Porto-

ausgaben allein nahezu dem Abonnementsbetrag gleichkommen. Wenn also viele Leser uns nicht einmal das Porto vergüten, so bleiben die Druckkosten ganz an uns hängen.

Die Expedition wird deshalb vom neuen Quartal an das Blatt nur noch an diejenigen verschieken, die ihren Verpflichtungen gegen uns nachgekommen sind.

Zugleich sei daran erinnert, dass wir kleinere Beträge in Briefmarken annehmen.

Für den Unterstützungsfond:

Von einem Gleichgesinnten 1 Mark
mit dem Motto:

Nie kämpft es sich schlecht
für Freiheit und Recht!

Herausgeber Fr. Gutschulek — Brüssel.